

GROSSE WOHLFÜHL-KOALITION Der NRW-Ministerpräsident hält die CDU in Atem. Wie die SPD verlangt er mehr staatliche Leistungen

Was erlauben Rüttgers?

CDU Nordrhein-Westfalens Regierungschef verbindet das Angenehme mit dem Nützlichen. Aus Überzeugung spielt er die soziale Karte. Aus Kalkül festigt er seinen Ruf als Merkel-Schreck

Von Robin Mishra

Die Brandrede des ehemaligen Bayern-München-Trainers Giovanni Trapattoni ist legendär. „Was erlauben Strunz?“, beschwerte er sich über einen Spieler, dessen Quertreibereien ihm gegen den Strich gingen. Auch in der Berliner Politik bricht sich die Wut gegen einen Mann, der schon häufiger aus der Reihe getanzt ist: Was erlauben Rüttgers? „Ein Fallsteller und ein Trickbetrüger“ sei der Mann aus Düsseldorf, schimpft Ernst-Dieter Rossmann, Sprecher der SPD-Linken.

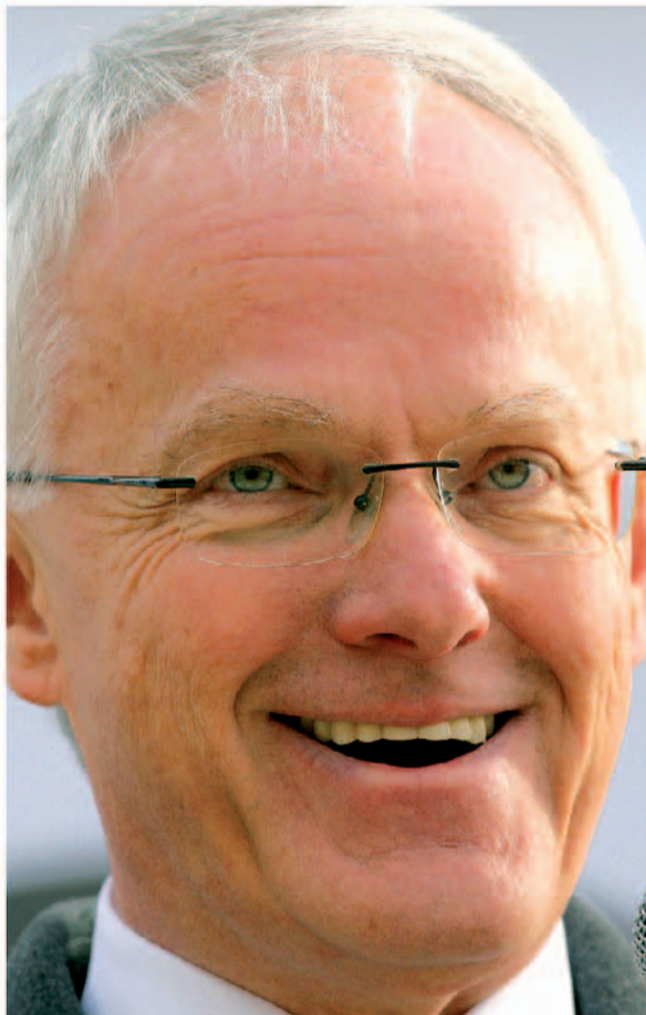
Schon immer hat Rossmann gefordert: Wer 35 Jahre eingezahlt hat, soll auf jeden Fall eine Rente oberhalb der Grundsicherung bekommen. Dennoch weist er jede Gemeinsamkeit mit Jürgen Rüttgers entschieden zurück. „Bei ihm muss man immer auf das Kleingedruckte schauen.“ So wolle Rüttgers im Gegenzug die Grundsicherung abschaffen. „Das ist das Doppelbödige bei ihm“, sagt der SPD-Linker.

Auch aus der CDU hat Rüttgers viel Kritik erfahren. Bei der CDU-Präsidiumsitzung am Montag war der Nordrhein-Westfale nach Angaben von Teilnehmern in der Sache isoliert. Sogar Saarlands Ministerpräsident Peter Müller widersprach ihm, obwohl auch er dem Sozialflügel zuneigt. Zugleich kündigte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla weitere Gespräche über einen Kompromiss an. Er weiß: Jürgen Rüttgers wird nicht lockerlassen.

Auf dem falschen Fuß

Seine Mannschaft habe gespielt wie „Flasche leer“, sagte einst Fußballtrainer Trapattoni. Ähnlich ausgelaugt wirkt auch die Union – und damit anfällig für den Kurs, auf den Rüttgers sie zwingen will. „Die Pläne erwischen die CDU auf dem falschen Fuß“, gibt Wolfgang Bosbach zu, CDU/CSU-Fraktionsvize und wie Rüttgers aus Nordrhein-Westfalen. „Wir erwecken leider den Eindruck, ‚sozial‘ bedeute, viel Geld umzuverteilen. Für mich ist ein Staat sozial, wenn er Menschen dazu befähigt, den Lebensunterhalt durch eigener Hände Arbeit zu bestreiten.“ Jürgen Rüttgers setzt einen anderen Akzent. Politik müsse „die Gewissheit vermitteln, dass am Ende der Reformen das Leben wieder sicherer ist, nicht unsicherer und schwieriger“, schreibt er in seinem Buch „Die Marktwirtschaft muss sozial bleiben“, das er im letzten Herbst veröffentlicht hat.

Was führt Jürgen Rüttgers im Schilde? „Geschick schlägt er zwei Fliegen mit einer Klappe“, glaubt Bosbach. „Er macht einen Vorschlag, für den es eine breite Mehrheit in der Bevölkerung gibt. Das wiederum dient der Stabilisierung seiner Mehrheit in Nordrhein-



Viele Gesichter: Mit dem Plan für höhere Renten hat Jürgen Rüttgers seine Partei verunsichert.

FOTOS: FREDRIK VON ERICHSEN/DPA

Westfalen.“ Die NRW-Bundestagsabgeordnete Ingrid Fischbach glaubt nicht, dass Jürgen Rüttgers rein taktisch agiert. „Er ist persönlich überzeugt davon, dass die soziale Komponente bei der CDU stärker werden muss.“

Eng arbeitet Rüttgers dabei mit NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann zusammen, der als einer der Nachfolger Norbert Blüms die CDU-Sozialausschüsse leitet. „Sie tauschen dabei auch ihre Ideen aus“, berichtet Ingrid Fischbach. Der „Sozialflüsterer“ Laumann, der auch die SPD-Pläne zu einer Regulierung der Managergehälter gelobt hat, unterlegt Rüttgers' Interviewäußerungen mit den passenden Zahlen aus seinem Ministerium. In der NRW-CDU stößt das Duo auf große Zustimmung. „Diese Gedanken sind nicht durch Machtspiele motiviert, sondern tief im Landesverband verankert“, sagt Nordrhein-Westfalens Integrationsminister Armin Laschet.

Ränkespiele der Rivalen

Weniger Freunde hat Jürgen Rüttgers auf Bundesebene. Beim Dresdener Parteitag 2006 fühlte er sich als Opfer von Ränkespielen anderer Landesverbände. Zwar stimmten die Delegierten seinem Plan einer Verlängerung des Arbeitslosengeldes I zu – sie ist inzwischen Gesetz –, bescherten ihm aber bei der Wahl zum CDU-Vize mit 57 Prozent ein miserables Ergebnis. Kurz soll Rüttgers sogar mit dem Gedanken gespielt haben, die Wahl nicht anzunehmen.

Anders als die Ministerpräsidenten Christian Wulff, Günther Oettinger, Roland Koch und Peter Müller ist Rüttgers nicht Mitglied des „Anden-Paktes“, eines einflussreichen und eingeschworenen Netzwerkes innerhalb der CDU. Sein Verhältnis zu Angela Merkel gilt als angespannt, seit die Kanzlerin keinen einzigen Politiker aus Nordrhein-Westfalen in ihr Kabinett aufgenommen hat. Rüttgers fühlte sich dem Vernehmen nach „gelinkt“, war er doch davon ausgegangen, eine entsprechende Zusage von ihr bekommen zu haben. Dass es nicht so kam, verschaffte ihm allerdings auch Freiheiten: Bei seinen bundespolitischen Vorstößen muss er keine Rücksicht auf ein Regierungsmitglied aus NRW nehmen.

Aktive Ambitionen auf die Kanzlerschaft werden Rüttgers nicht nachgesagt, schließlich ist er mit 56 Jahren drei Jahre älter als Merkel. Aber Nummer zwei will er schon sein. Ein Präsidiumsmitglied wertet Rüttgers' Rentenpläne als Teil einer „Kronprinzen-Auseinandersetzung“ mit Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff.

Nach einer Minute und 56 Sekunden beendete Giovanni Trapattoni seine berühmte Wutrede mit: „Ich habe fertig.“ Für Jürgen Rüttgers gilt das noch lange nicht.

FRAGEN AN HANNELORE KRAFT

„Es geht nur mit einem Mindestlohn“

SPD Die NRW-Landeschefin über zu kleine Renten und zu hohe Managergehälter

Rheinischer Merkur: Haben Sie Jürgen Rüttgers schon einen Aufnahmeantrag für die SPD geschickt?

Hannelore Kraft: Nein, er passt nicht zu uns.

RM: Seine Forderungen zur Rente sind aber sehr sozialdemokratisch.

Kraft: Das stimmt nicht. Schon bei der verlängerten Auszahlung des Arbeitslosengeldes I wollte er Frauen und Jüngere die Zehne bezahlen lassen. Das haben wir verhindert. Gleiches versucht er jetzt bei der Rente. Was er fordert, ist keine gerechte Lösung. Das sehen in der CDU bis auf Herrn Rüttgers fast alle so. Ich rede mit ihm gerne über kleine Einkommen. Aber wer den Mindestlohn ablehnt, kann nicht glaubwürdig für Mindestrente eintreten. Es ist nicht der richtige Weg, das Pferd von hinten aufzuführen.

RM: Rüttgers will Rentner mit kleinem Einkommen besserstellen. Das muss doch im Interesse der SPD sein.

Kraft: Man muss aber immer genau hinschauen. Herr Rüttgers will nur diejenigen besserstellen, die 35 Jahre am Stück in die Rentenkasse eingezahlt haben. Der Beschluss vom Leipziger CDU-Parteitag, auf den er sich beruft, sieht gleichzeitig die Abschaffung der Grundsicherung vor. Das würde dann zum Beispiel Frauen treffen, die Kinder großgezogen haben und gar nicht auf diese 35 Jahre kommen. Da fallen auch viele raus, die unversichert arbeitslos geworden sind. Sie alle müssten dann wieder auf dem Sozialamt den unwürdigen Antrag auf einen Heizkostenzuschuss stellen. Das ist unsozial. Er muss auch erst einmal die Gegenfinanzierung auf den Tisch legen. Da waren von ihm bislang nur warme Worte zu hören.

RM: Heißt das: Wenn er ein Konzept zur Gegenfinanzierung vorlegt, redet die SPD mit ihm über seinen Vorschlag?

Kraft: Nein, ich sage deutlich: Für uns geht der Weg über einen Mindestlohn. Ziel muss doch sein, dass auch Geringverdienende von ihrer Hände Arbeit leben können. Das ist eine Frage der Menschenwürde.

RM: Sie sagen, Rüttgers benachteiligt Frauen mit Erziehungszeiten und Arbeitslose. Ihr Mindestlohnmodell hilft beiden Gruppen aber auch nicht weiter.

Kraft: Natürlich helfen wir Frauen. Gerade sie arbeiten häufig in Bereichen, wo Dumpinglöhne gezahlt werden. Wir brauchen ein schlüssiges Gesamtkonzept und keinen Schnellschuss wie den von Rüttgers.

RM: Was soll es bringen, wenn Unternehmen Managergehälter nicht mehr voll von der Steuer absetzen dürfen?

Kraft: Die Menschen empfinden es nicht als gerecht, wenn die Einkommen der Manager exorbitant steigen und der Vorstand eines Dax-Konzerns das 90-fache eines Durchschnittsarbeitnehmers verdient. Niemand hat etwas gegen Gewinne der Unternehmen und gute Einkommen ihrer Manager. Aber keiner kann nachvollziehen, wenn Millionengehälter und -abfindungen in unbegrenzter Höhe von der Steuer absetzbar sind. Das sind Auswüchse, die wir begrenzen müssen.

RM: Die Steuereinnahmen dürften durch diese Regelung kaum steigen. Beschränkt sich die SPD auf Symbolpolitik?

Kraft: Nein, ich halte unsere Entscheidung für richtig. Wir sagen damit, dass wir gute und überragende Bezahlung akzeptieren. Wir sagen aber auch, dass der Staat und der Steuerzahler nicht bereit sind, sie in voller Höhe anzuerkennen. Unternehmen müssen selbst entscheiden, aber dann auch bezahlen, wie viel ihnen die eigenen Manager wert sind.

Die Fragen stellte Jan Kuhlmann.



Herausforderin: Hannelore Kraft will im Frühjahr 2010 als SPD-Spitzenkandidatin gegen Jürgen Rüttgers antreten. FOTO: SPD

An der Wirklichkeit vorbei

REGIERUNG Union und SPD schweißst vor allem die Angst zusammen. Das beschädigt das Vertrauen in die Politik

Von Daniel Dettling

Wenn Vertrauen der Kernbegriff der Politik ist, ist es um die Deutschen schlecht bestellt. So wenig Vertrauen in die Politik und Wirtschaft war nie. Der Glaube an das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft („Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es allen gut“) schwindet. Weniger als ein Drittel der Bürger hält die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland für gerecht. Dass Unternehmen trotz Rekordgewinnen ganze Standorte schließen und Mitarbeiter entlassen, ist eine neue Erfahrung für die Deutschen.

Die Politik zeigt sich rat- und hilflos. Jahrzehntlang sah sie ihre Legitimation darin, Zuwächse und Wohlstand zu verteilen. Die Verteilung von Zumutungen und Verlusten kommt nicht gut an beim Wähler. Er flüchtet entweder in Wahlenthaltung oder wählt den Protest. Hiervon profitiert aktuell die populistische „Linke“. Bislang wirft außerhalb dieser allein der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers die „Gerechtigkeits- und Vertrauensfrage“ auf.

Union und SPD hält die Angst in der Großen Koalition zusammen. Die Sozialdemokraten gehen vor der „Linken“ in Deckung und nehmen still und leidend Abschied von der Politik der Agenda 2010. Zukunft suchen sie im-

mer mehr in den Rezepten der Vergangenheit: hohe Lohnzuwächse, Mindestlohn und ein starker Staat – all das finanziert durch höhere Steuern und Abgaben.

Eigentlich müsste die Union von dieser „Selbstverzweigung“ des direkten Marktwirtschaft („Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es allen gut“) schwindet. Weniger als ein Drittel der Bürger hält die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland für gerecht. Dass Unternehmen trotz Rekordgewinnen ganze Standorte schließen und Mitarbeiter entlassen, ist eine neue Erfahrung für die Deutschen.

Folgen dieser Trends sind „Reformen“ wie der Mindestlohn und die soeben vollzogene Rentenerhöhung. Beide Maßnahmen richten sich an Zielgruppen, die entweder aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind (Rentner) oder Angst vor dem Absturz haben (Geringverdienende). Beide Vorschläge gehen an der Wirklichkeit der Menschen vorbei. Den Mindestlohn haben nur wenige Branchen beantragt und eine Rentenerhöhung von einem Prozent wirkt angesichts der soeben im öffentlichen Dienst vereinbarten acht Prozent Lohnsteigerung geradezu lächerlich.

Die Bedürfnisforschung lehrt, dass materielle Versprechen die Bedürfnisse der Adressaten erhöhen. Die Ausgaben für Soziales und Arbeit steigen permanent, während das Vertrauen der Bürger parallel abnimmt. Solange die Politik allein über Mindestlöhne, Erhöhung von Sozialleistungen und die wachsende Schere bei den Einkommen diskutiert, wird sie die verlorenen Wähler nicht zurückgewinnen.

Das Land hat wichtigere und weitreichendere Herausforderungen zu bewältigen. Werden die Staatsschulden nicht in den nächsten Jahren erheblich verringert, wird die aktive Erwerbsgeneration der 30- bis 55-Jährigen höhere Steuern und Abgaben zu tragen haben als bisherige Alterskohorten. Ihre eigene Alterung versucht sie über finanzielle Vorsorge für Gesundheit und Pflege abzumildern, während sie die Ausbildung ihrer Kinder zu tragen hat.

Diese Generation fühlt sich zu Recht als „Packesel“ der Nation. Eine Lobby hat sie weder bei SPD noch in der Union. Von dem Geld für die außerplanmäßige Rentenerhöhung hätte sich das international zurückfallende deutsche Bildungswesen erheblich verbessern lassen. Das wäre auch den Rentnern vermittelbar gewesen. Von einer besseren Ausbildung der Jüngeren, einer höheren Erwerbszahl der Frauen und einer besseren Integration

der Migranten profitiert auch die Generation 60 plus.

Regierung und Parteien unterschätzen die Solidarbereitschaft der Älteren und überschätzen die Leistungsfähigkeit der Jüngeren. Ihre „Reformen“ und „Wohltaten“ kennen nur die Logik des Nullsummenspiels: „Die einen können nur gewinnen, wenn andere verlieren.“ Die Orientierungen der Bürger und der Politiker klaffen weit auseinander. Es ist das Verscheiden der Politik, dass die Bürger ihren Glauben an die soziale Sicherheit verloren haben.

Wo die Kluft zwischen „öffentlichen Lügen“ und „privaten Wahrheiten“ wächst, fördern Maßnahmen wie die Aussetzung des Riester-Faktors eine Gesellschaft, in der Neid und Passivität regieren. Die Wähler werden sich weiter abwenden, das Vertrauen in die Politik wird gegen null schwinden.

Bei der kommenden Bundestagswahl 2009 wird die Mehrheit der Wahlberechtigten älter als 60 Jahre sein. Aus Angst vor dieser neuen demografischen Mehrheit verletzt die Politik ihre eigenen Maßstäbe von Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Den Preis dafür wird sie, werden alle zahlen müssen. Umfragen und Studien wie zuletzt „Perspektive Deutschland“ zufolge ist eine Mehrheit der Deutschen bereit, Reformen zu unterstüt-

zen, die Einschnitte für sie bedeuten – wenn sie alle treffen und Erfolg versprechen. Die Zustimmung unter den älteren Menschen ist dabei mit am höchsten, weil diese Generation den Begriff des „Zukunftsofopfers“ kennt wie keine nach ihr.

Die Reformunfähigkeit der Deutschen entlarvt sich als Mythos. Die Bürger sind weiter als die öffentlichen Eliten. Sie lässt sich diese Kluft erklären? Offenbar stimmt der Satz der Demoskopie – „Wer reformiert, wird abgewählt“ – dann nicht, wenn Reformen und Veränderungen in einem Vertrauen schaffenden Klima begründet werden und so das Gefühl entsteht, dass es gerecht zugeht im Lande. Ein solcher „Klimawandel“ setzt eine ansprechende und damit anspruchsvolle Sprache voraus. Bürger und Wähler honorieren es, wenn Politiker Kurs halten und auch an vermeintlich Unpopulärem festhalten. Abgewählt wird, wer sich widersprüchlich und unglaubwürdig verhält.

Nach Max Weber setzt Politik die Bereitschaft voraus, „harte Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“ zu bohren. Leidenschaft und Augenmaß zeigen weder CDU noch SPD. Deshalb werden sie immer kleiner.

Daniel Dettling leitet den Thinktank Berlinpolis.